

## Leserbriefe

### Wenn unsere Steuergelder abstimmen dürften

Am 28. Februar 2016 stehen gleich drei Vorlagen zur Debatte, von denen jede für sich einen einschneidenden Einfluss auf die Buchhaltung sämtlicher Behörden auf allen drei Stufen, Bund, Kanton und Gemeinden, hat.

Die Durchsetzungsinitiative ist eine wahre Giftmischung für unser Justizwesen und den gesamten Strafvollzug. Wir ziehen brave steuerzahlende Secundos oder andere Ausländergruppen wegen Bagatelldelikten durch die knorzenden Mühlen unserer Justiz und lassen sie unter Umständen ins Gefängnis wandern. Erst nachdem sie die Gefängnisstrafe abgesessen haben (und sie uns eine hübsche Stange Geld gekostet haben), werden sie mit teuren Ausschaffungsflügen ins Ausland geschafft. Falls sie Ihr Heimatland nicht zurück will, müssen wir sie behalten. Die Initiative ist Juristenfutter, ein gefundenes Fressen für Fluggesellschaften und Gefängnisbetreiber. Sie überlastet unser Justizsystem mit Bagatellfällen, wodurch die wirklich wichtigen Fälle nicht mehr behandelt werden können. Neben den enormen Kosten für den Staat bzw. Sie als Steuerzahler verstösst die Initiative gegen mehrere Grundprinzipien, für welche unsere schöne Schweiz in der weiten Welt hochgelobt wird: Verhältnismässigkeit, Pflichtbewusstsein, Humanität, Menschenrechte, Respekt vor der Würde des Menschen und vieles mehr. Wir können uns dieses geldverschlingende und bösartige Rechtskonstrukt nicht leisten. Nein zur Durchsetzungsinitiative!

Die Abschaffung der Heiratsstrafe zielt auf eine steuerliche Besserstellung der Ehepaare gegenüber Konkubinatspaaren, eingetragenen Partnerschaften und Einzelpersonen sowie KMU und grösseren Unternehmen. Es werden Steuerausfälle von bis zu zwei Milliarden Franken (2'000'000'000 Franken) erwartet, welche die ohnehin bereits klammen Bücher von Bund, Kantonen und Gemeinden belasten. Die «Heiratsstrafe», wie sie heute im Gesetz steht, existiert zwar, betrifft aber lediglich rund 80'000 ohnehin bereits gutbetuchte Ehepaare in der Schweiz. Zum Vergleich: Es gibt rund 1'650'000 Ehepaare in der Schweiz. Mit einem Ja zur Abschaffung der Heiratsstrafe entlasten wir nur 4,8% der Ehepaare. Die zwei Milliarden Franken Steuerausfälle müssten aber 100% der Eheleute und 100% der rund 8 Millionen Einwohner der Schweiz tragen (ca. 200 Franken pro Person!). Daneben wird die Ehe als Gemeinschaft zwischen Mann und Frau in der Verfassung festgeschrieben. Dies wäre ein Rückschritt. Wir senden ein falsches Signal an gutverdienende gleichgeschlechtliche Paare und Alleinstehende. Die Abschaffung der Heiratsstrafe nützt praktisch nieman-

dem, aber sie schadet uns allen! Darum Nein!

Die Vorlage zur Sanierung der zweiten Gotthardröhre schlägt eine Luxuslösung vor, welche satte 3'000'000'000 Franken teurer wäre als eine Sanierung der bestehenden Röhre mit einem Bahnverlad. Die zweite Röhre ist aus kapazitätstechnischen Gründen nicht nötig, da lediglich 17'000 Fahrzeuge pro Tag den Gotthard passieren. Die Strassen in unseren Agglomerationen müssen ein Vielfaches davon schlucken. Unser Geld ist besser dort angelegt. Das Sicherheitsargument wird sich mit dem Aufkommen von Spurhaltesystemen von alleine verflüchtigen. Merke, «Wer Strassen sät, wird Verkehr ernten»: Ein Ausbau des Gotthardtunnels wird die Lastwagen und Wohnwagen aus der EU in die Schweiz locken und unsere Agglomerationen noch stärker verstopfen. Während der Sanierungsarbeiten kann mit klugem Verkehrsmanagement und Anreizsystemen der Verkehr gelenkt werden, sodass Ausweichrouten wenig Mehrverkehr schlucken müssten. Die Bahn hat genügend Kapazitätsreserven, um sämtlichen Verkehr auf der Gotthardroute zu transportieren. Wir müssen nicht 3'000'000'000 Franken in die Finger nehmen, um der EU ein Geschenk zu machen. Stimmen Sie Nein zur zweiten Gotthardröhre!

Ein Blick auf den aktuellen Parolenspiegel offenbart uns, dass vor allem bürgerliche Parteien diese Vorlagen befürworten. Parteien, die sich sonst oft damit profilieren, dass sie sich für einen gewissenhaften Umgang mit Steuergeldern einsetzen. Diesbezüglich haben Sie am 28. Februar 2016 im Rahmen der Kantonsratswahlen ebenfalls die Möglichkeit, Akzente zu setzen.

**Dominic Gubser, GLP, Verkehrsingenieur, Walenstadt, Kantonsratskandidat Liste 6, Jörg Tanner, GLP, Gemeindepräsident Sargans, Kantonsrat, Sargans, Kantonsratskandidat Liste 6 (bisher), Pius Jäger, GLP, IT Systems Engineer, Pfäfers, Kantonsratskandidat Liste 6**

---